

Rede

von

Bernd Lange, SPD-Europaabgeordneter

**anlässlich der Maikundgebung des
DGB-Region Südniedersachsen-Harz
am 1. Mai 2010 in Osterode**

Es gilt das gesprochene Wort!

I

Ich freue mich, heute hier in Osterode zu Euch reden zu können. Als begeisterter Motorradfahrer ist der Südharz für mich schon immer attraktiv gewesen. Umso besser wenn ich den Besuch dieser tollen Landschaft mit diesem Anlass verbinden darf.

Vorgestern war ich aber mit dem Auto unterwegs und hörte Radio:

"Die aktuelle Krise zeigt ein Muster, das nicht akzeptabel ist - die Gewinne haben wenige gemacht, die Verluste muss die Allgemeinheit tragen. Der vorherrschende Finanzkapitalismus kann kein Leitbild mehr sein."

Na, dachte ich, da haben sich Gewerkschafter in das Radioprogramm geschummelt – doch es waren nicht Gewerkschafter sondern der Bundespräsident höchst persönlich. Auch wenn ich sonst häufig nicht mit ihm übereinstimme, hier hat er recht!

II Gute Arbeit

Und wenn man die Entwicklung der letzten Jahre sich ansieht, dann stellt man fest, dass dieser Finanzkapitalismus starken Druck in die Realwirtschaft gepresst hat und Renditeerwartungen in den Himmel schnellen ließ. Dies hat vielfach Arbeitsverhältnisse zerstört.

So sind 50 Prozent der Neueinstellungen in den letzten Jahren nur befristete Beschäftigungen.

In Hochzeiten waren fast eine Million Kolleginnen und Kollegen in Leiharbeit beschäftigt, jetzt sind es noch knapp 700.000. Leiharbeiter erhalten im Durchschnitt 29 Prozent weniger Lohn als fest Angestellte.

Eine Illusion der Arbeitsmarktpolitik war die Vorstellung vom Klebeeffekt – ein merkwürdiges Wort, wenn es um Beschäftigung geht.

Die Arbeitswelt wurde gespalten in Arbeitnehmer 1. und 2. Klasse. Würde und Selbstwert bleiben auf der Strecke. Gute Arbeit bedeutet, dass ab dem ersten Tag der gleiche Lohn gezahlt werden muss. Eine EU-Richtlinie fordert dies nun. Deshalb sollte die Bundesregierung schnellstmöglichst das deutsche Recht ändern. Gleiche Bezahlung und gleiche Rechte ab dem ersten Tag - das muss

das Prinzip sein! Auch die Überlassungsdauer muss begrenzt werden. Leiharbeit ist kein Ersatz für dauerhafte reguläre Beschäftigung.

In dieser Zeit, da arbeiten Menschen hart und trotzdem reicht das Geld regelmäßig nicht, um auch nur das Mindeste zu bezahlen. Aufstocker nennt man diejenigen, die ergänzende Leistung vom Staat bekommen und die arm trotz Arbeit sind. Arm trotz Arbeit nimmt jedem die Würde.

Das ist ungerecht! Die Kosten, die der Arbeitgeber einspart, weil er Löhne, die unter dem liegen, was die Menschen brauchen, um ihr Leben zu finanzieren. Diese Kosten muss die Allgemeinheit zahlen. Die Gesellschaft zahlt, der Arbeitgeber kassiert einen höheren Gewinn. Allein im Landkreis Osterode betrifft diese Situation über 1.560 Menschen.

Gute Arbeit muss zum Leben reichen. Gute Arbeit bedeutet, dass der, der die Gewinne erzielt, auch die Arbeitnehmer dafür bezahlen muss. Wie sagte der Bundespräsident: „Die Gewinne haben wenige gemacht, die Verluste muss die Allgemeinheit tragen.“

Wer arbeitet muss leben können, ohne auf weitere Hilfe angewiesen zu sein.

Gute Arbeit ist auch produktive Arbeit. In einer Welt, in der es 6 Cent kostet, ein Kilogramm per Schiff von irgendwo auf der Welt irgendwo anders hin zu transportieren, da verlieren Entfernungen ihre Bedeutung. Wir wissen, dass dieser Entwicklung nur die Qualifizierung von Arbeitnehmern entgegenwirken kann. Aber Qualifizierung ist mehr: Qualifizierung und damit mehr Chancen und Möglichkeiten gehören zu unserem Menschenbild. Der Mensch soll sich weiterentwickeln, er soll neue Aufgaben und Fähigkeiten erschließen können. Dafür müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einen Dialog eintreten, damit nicht nur dort qualifiziert wird, wo es ausschließlich der einen Seite nützt. Gute Arbeit bedeutet auch selbstbestimmte Qualifizierung.

Mitbestimmung kann die Rechte der Kolleginnen und Kollegen durchsetzen und den Betriebsfrieden sichern. Sie ermöglicht das Know-How der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb sinnvoll zu nutzen. Sie verhindert Fehlentscheidungen und ist der Grund, warum in Deutschland auch eine Krise gut gemeistert werden kann.

Aber Mitbestimmung hört nicht an nationalen Grenzen auf. Heute müssen wir unsere Interessen gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich, Polen oder Schweden vertreten. Deswegen haben europäische Betriebsräte eine herausragende Bedeutung. Sie stellen sicher, dass die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Unternehmensentscheidungen berücksichtigt werden. Sie bringen die sozialen Belange bei länderübergreifenden Umstrukturierungen, bei Fusionen und Verlagerungen ein. Sie wirken dem Egoismus einzelner nationaler Standorte entgegen und geben so den Interessen der Beschäftigten in globalen Unternehmen eine gemeinsame Stimme. Nach fast zehn Jahren harten Kampfes der nationalen und europäischen Gewerkschaften wurde eine Neufassung der Eurobetriebsräterichtlinie durchgesetzt, die Mitte letzten Jahres in Kraft getreten ist!

Nun muss auch die EU-Richtlinie schleunigst in deutsches Recht umgesetzt werden. Die Pflichten der Arbeitgeber müssen klarer gefasst werden. Das gilt insbesondere für die rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung bei wirtschaftlichen Entscheidungen mit erheblichen Auswirkungen auf die Belange der Beschäftigten.

Und leider gibt es immer noch Arbeitgeber, die die Rechte missachten. Hier müssen nun für Verletzungen spürbare Strafen festgelegt werden.

III Gerechter Lohn

Seit über einem Jahrzehnt stagnieren bei uns die Reallöhne. Das heißt, dass wir uns heute genauso viel oder weniger leisten können wie vor 10 Jahren. Und gleichzeitig stiegen die Gewinne um 25 Prozent.

Die harte Arbeit der Kolleginnen und Kollegen lassen die Lohnstückkosten sinken. Wir produzieren immer billiger und sind dabei im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ganz vorne. Was aber betriebswirtschaftlich ganz weit vorne ist, ist gesellschaftlich ganz weit hinten.

Die Produktion und damit der gesellschaftliche Reichtum wächst. Bis auf das Krisenjahr 2009 ist dies in jedem Jahr seit Bestehen der Bundesrepublik so gewesen. Diejenigen, die den Reichtum erwirtschaften werden nicht beteiligt.

Das darf nicht sein! Die Löhne müssen steigen und die Arbeitszeit wieder verkürzt werden.

Diese Entwicklung ist nicht nur ungerecht, sie birgt auch handfeste Risiken. Wer nur auf den Export setzt und seinen Arbeitnehmern keine angemessenen Löhne zugesteht, macht sich abhängig von globalen Zusammenhängen, die er nicht kontrollieren kann. Stolpert die Weltwirtschaft, taumelt die deutsche Industrie. Das ist nicht nachhaltig. Nachhaltig wäre, wenn wir einen größeren Anteil der produzierten Waren auch selber verbrauchen. Die Binnenmarktnachfrage muss gestärkt werden. Und dafür müssen Lohnerhöhungen her.

Ich habe nichts dagegen, wenn Deutschland dieses Jahr Weltmeister wird – in Südafrika. Beim Export ist das aber nicht nötig. Exportweltmeister ist ein Fetisch. Die Kanzlerin macht an dieser Stelle viel Wirbel um einen Begriff, der nichts mit dem Wohlstand der Menschen im Land zu tun. Schwarz-Gelb in Berlin muss endlich gegensteuern gegen diesen Trend und mehr materielle Teilhabe durch eine gerechte Umverteilungspolitik ermöglichen. Deshalb brauchen wir drei Dinge.

1) Tarifverträge stärken. Nur noch 60 Prozent der Kolleginnen und Kollegen arbeiten tarifgebunden. Hier kann man gegenwirken, z.B. durch allgemeinverbindliche Tarifverträge auch in Niedersachsen. Wenn die FDP schon Klientelpolitik gegenüber den Hotels und Gaststätten macht, wäre es mehr als recht und billig, die Arbeitgeber in diesem Bereich mit starker prekärer Beschäftigung in einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zu drängen.

2) Mindestlohn

Deutschland braucht einen Mindestlohn, so wie ihn bereits 20 andere Länder in Europa haben. Die Merkels und Westerwelles dieser Republik müssen ihren Widerstand aufgeben und ein Sicherheitsnetz nach unten einziehen.

3) Reform der EU-Entsenderichtlinie

Nach den Angriffen auf das niedersächsische Tariftreuegesetz brauchen wir Initiativen, um die Abwärtsspirale bei sozialen Rechten und Löhnen zu stoppen, gerade angesichts der völligen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab nächstem Jahr. Die

EU-Entsenderichtlinie muss überarbeitet werden, damit überall das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gilt.

III Starker Sozialstaat

Es muss gehandelt werden: Staatliches Handeln ist gefordert. Nun sind einige unterwegs, die genau das Gegenteil wollen:

„Der Staat ist ein teurer Schwächling“, „Privat-vor-Staat“ geht durch die Presse.

„Der Staat ist ein teurer Schwächling“ so der Generalsekretär der Bundes-FDP, Christian Lindner, am 8. Januar. Zum Glück ist er aber stark genug, Lindners Bezüge zu zahlen: Der 31-Jährige ist seit knapp einem Jahrzehnt Abgeordneter. Einen kurzen Ausflug in die Internetbranche brachte ihm eine Pleite ein, seitdem ist der Lohn aus Steuergeldern sein Lebensunterhalt.

„Privat-vor-Staat“ so der FDP-NRW Landesvorsitzende Andreas Pinkwart. Der Wirtschaftsprofessor hat nach seinem Abitur allerdings nie von oder mit der Privatwirtschaft gelebt. Nach seiner Promotion in Bonn war er im Bundestag angestellt, anschließend legte er eine Karriere an verschiedenen Unis hin, bis er als Professor in Siegen lebenslang verbeamtet wurde.

Dieses blinde Gerede der marktradikalen Ideologie und der blinde Glaube an die Märkte gehören endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat doch gezeigt: Ohne einen starken Staat geht es nicht.

Die finanzielle Basis dieses Staates muss durch gerechte Steuern gestärkt werden. Dabei geht es nicht um ewige Kürzungen, wie sie die FDP immer wieder verspricht. Es geht darum, dass starke Schultern wieder mehr tragen müssen, damit wir schmale Schultern entlasten können. Das neue sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz - ich sage besser Schuldenbeschleunigungsgesetz - trocknet hingegen die Leistungsfähigkeit weiter aus.

Es geht aber auch darum, dass die Gewinner und Verursacher dieser Krise jetzt die Kosten tragen müssen. Finanzierung durch diejenigen, die die Krise verursacht haben – die Banken und Fonds müssen jetzt zur Refinanzierung

herangezogen werden. Eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer muss endlich durchgesetzt werden. Aus dieser Spekulantenteuer würden Deutschland zweistellige Milliardenbeträge zufließen und die Branche würde an den Kosten der Krise beteiligt.

Und auch hier läuft Wulff in die falsche Richtung: Statt endlich die Verursacher heranzuziehen, schwört er Arbeitnehmer auf weitere Sparorgien ein, so letzten Dienstag im Landtag. Was mag da nach der NRW-Wahl kommen? Statt auf die Grundlagen der Krise einzugehen spaltet er die Gesellschaft weiter in Gewinner und Bezahler und verschärft die Binnenmarktschwäche.

Aber der selbsternannte Superökonom Wulff hat ja schon häufiger völlig falsch gelegen: 14. November 2008: „Wir brauchen keine Konjunkturprogramme. Die verpuffen und haben noch nie gewirkt.“

Wir müssen aber auch an die Grundlagen des Casinokapitalismus ran. In diesem Casino wird nicht Roulette gespielt, es geht um Devisen- und Zinsswetten ebenso wie um den Handel mit Anleihen und Rohstoffen. Laufen die Wetten schlecht oder platzt die Aktienblase, droht der nächste Kollaps. Zu Risiken und Nebenwirkungen fragt man am besten die Steuerzahler.

Die Politik muss ihr Primat über die Finanzmärkte zurückgewinnen. Sie hat den Interessen der Finanzmarktakteure zu viel Raum ohne Regeln überlassen!

Deswegen u.a.:

- Klare Regeln für Ratingagenturen, keine Doppelgeschäfte, Aufbau einer unabhängigen Agentur
- Hedgefonds, Private Equity an die Leine,
- Leerverkäufe gehören verboten
- Verboten gehörten etwa Geschäfte mit riesiger Hebelwirkung
- Derivatgeschäfte ans Licht und beschränken. (vgl. Spekulation mit Kreditausfallversicherungen)

Für diese Massenvernichtungswaffen des Finanzmarktes brauchen wir Abrüstung.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie groß die Aufregung 2005 war, als formuliert wurde:

„Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten – sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter. Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen wir.“ (17. April 2005)

Vielleicht ist die Gesellschaft ja doch lernfähig.

Ist die Deutsche Bank dann noch eine Bank? So stammen die jüngsten Profite der Deutschen Bank zu 85 Prozent aus dem Investmentbanking. Wir müssen uns wieder daran erinnern: Banken sind keine Industrien. Sie produzieren keinen Reichtum, sie haben dienende Funktion und verteilen nur Güter neu. Sie sind dafür da, dass es einen Kredit gibt, wenn jemand einen braucht.

Die Unternehmer und Hausbesitzer hier in Osterode wissen, wo sie eine Bank finden: Unweit der Söse finden sie eine Sparkasse und die Volksbank. Hier kriegen sie die Kredite, die sie benötigen um ihre Geschäfte zu entwickeln oder um zu bauen. Ohne sie wäre der Leerstand hier noch größer – Weil das funktioniert, sind die Sparkassen und Volksbanken gut durch die Krise gekommen. Trotzdem greift die FDP immer wieder diesen Kern der deutschen Wirtschaft an. Statt auf regionale Lösungen, will die FDP auf gnadenlosen Markt setzen. Deswegen werden wir diese Banken weiter stärken.

Wir erleben in diesen Wochen ein unwürdiges Schauspiel und populistische Stimmungsmache um Griechenland.

Zögern, zerreden, bloß nichts anpacken: Seit Wochen drückt sich die Kanzlerin um Entscheidungen herum. Um es klar zu sagen: Sie hat die deutsche Öffentlichkeit hinters Licht geführt. Sie hat sich das Image der „Madame No“ und der „eisernen Kanzlerin“ geben wollen. Deutschland ist an der weiteren Verschärfung der Krise nicht unschuldig, Die Bundesregierung hat sich einer raschen Hilfszusage für Athen verweigert. Sie hat die EU gebremst, die dem wankenden Euro-Staat gern schon vor Wochen ein Versprechen gegeben hätte. Die vagen "Ultima-Ratio"-Erklärungen dagegen, beruhigten die Märkte nicht: Die Risikoaufschläge für griechische Anleihen steigen in astronomische Höhen, der Euro gerät ins Rutschen, die Krise droht auf Portugal und Spanien überzugreifen. Plötzlich steht die europäische Währungsunion als Ganzes auf dem Spiel.

Kanzlerin Merkel versucht zu verschleiern, bis die Wahl in Nordrhein-Westfalen gelaufen ist. Diese Verzögerungstaktik kostet jeden Tag viele Millionen Euro. Sie lädt Spekulanten förmlich ein, weiter gegen Griechenland zu wetten.

Gemeinsame Verantwortung für die Stabilität der Euro-Zone und Solidarität untereinander gehen Hand in Hand." Genau dieses Bekenntnis zur Solidarität aber kam und kommt Angela Merkel, Guido Westerwelle, Wolfgang Schäuble und Co. viel zu schwer über die Lippen.

Zudem muss einem Populismus der untersten Stufen gerade von Gewerkschaften eindeutig entgegengetreten werden. Wenn die Bild-Zeitung schreibt: „Bild fährt ins Land der Bankrotteure, der Luxusrenten, der Steuerhinterzieher und Abzocker“ dann wird nationaler Chauvinismus wieder aus der Mottenkiste geholt. 60 Jahre europäische Einigung zeigen eindrucksvoll, dass Frieden und Wohlstand durch Solidarität wächst und nicht durch Spalterei und Hass. Griechenland hat den Karren in den Sumpf gefahren. Aber nun die nationalistische Karte aus dem Keller zu holen, zerstört unser ökonomischen Grundlagen und unser friedliches Miteinander in der EU. Die griechischen Kolleginnen und Kollegen müssen mit harten Bedingungen die Suppe auslöffeln, die andere eingeschenkt haben. Das muss anders werden.

Die deutschen und europäischen Banken müssen sich substanziell an den Griechenland-Hilfen beteiligen. Denn es sind die Banken gewesen, die Kredite gewährt haben (ca. 45 Mrd. Euro) und an den Spekulationen gegen Griechenland verdienen. Es kann nicht sein, dass deutsche und europäische Steuerzahler diese Zockerei der Banken ein zweites Mal bezahlen müssen. Die Verursacher müssen endlich in die Verantwortung genommen werden.

Wir brauchen einen aktiven Staat der mit Augenmaß eingreift wo es nötig erscheint. Aktives Handeln kann die Lebensumstände der Menschen verbessern, der Markt allein kann das nicht.

So gibt es gute und gelungene Beispiele für eine zielgerichtete Förderung auch mit europäischen Mitteln. Ich nenne vor allem das „Medical-Technology-Area“ im Bereich Gipsmühlenweg/Schlachthofweg/An der Unteren Söse hier in Osterode. Im Zusammenspiel mit der Kommune konnte so ein Gewerbegebiet für

technologieorientierte Betriebe erweitert werden. Die Attraktivität des Standortes wurde wesentlich gesteigert. Das ist ein richtiger Ansatz. Die Region muss nachhaltig gefördert werden. Dann hat diese Region eine positive Zukunft.

Wir werden uns in der EU und in Niedersachsen in den nächsten Monaten ganz intensiv noch mit der Zukunft der EU-Strukturpolitik befassen. Ich werde dafür streiten, dass auch nach 2013 EU-Mittel nach Niedersachsen fließen und strukturschwache Regionen gefördert werden. Besonders Regionen, die auch stark vom demografischen Wandel betroffen sind, müssen unterstützt werden. Das gilt vor allem für die Landkreise hier im südlichen Niedersachsen. Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziert für den Landkreis Osterode eine Abnahme der Bevölkerung um 14,4 Prozent bis zum Jahr 2020 auf der Basis von 2007. Für Niedersachsen wird ein Rückgang nur um 3,7 Prozent angenommen. Die Konsequenz wäre eine überdurchschnittliche Alterung einhergehend mit einer Abwanderung jüngerer und qualifizierterer Menschen. Hier muss doch endlich gegengesteuert und Lebensperspektiven entwickelt werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss zum Thema bei der Strukturförderung gemacht werden. Die aktuelle Arbeitslosenquote liegt hier im Landkreis mit 11,4 Prozent deutlich über dem Schnitt in den alten Bundesländern mit 7,6 Prozent.

In Niedersachsen brauchen wir mehr Augenmaß in der Wirtschaftsförderung. Statt mit der Gießkanne vieles ein bisschen zu fördern und nach Gutsherrenart allein im Wirtschaftsministerium Beschlüsse zu fassen, brauchen wir gezielte Hilfe dort, wo die Strukturprobleme am größten sind – also gerade hier im Südharz.

Deswegen rufe ich hier nach Hannover, aufwachen, Kräfte bündeln, Antworten auf die regionalen Probleme im Land geben. Wir brauchen ein Sonderprogramm für den Harz und Südniedersachsen. Hier muss die Landesregierung handeln!

IV

Es geht uns also um den Menschen. Für ihn wollen wir heute voran gehen. Gute Arbeit, gerechte Löhne und ein aktiver Sozialstaat lassen sich nicht auf einen

Schlag herstellen. Doch durch viele konkrete Schritte können wir gemeinsam diese Solidarität der Tat schaffen. Und das können nur wir tun.
Glück auf